

JUTTA HELD

Ausbildungsfragen

In diesem Diskussionsbeitrag soll nur auf inhaltliche Aspekte der universitären Ausbildung von Museumswissenschaftlern eingegangen werden. Organisatorische und personelle Konsequenzen (z.B. Modi der Zusammenarbeit zwischen Universität und Museum; Umstrukturierung kunstgeschichtlicher Seminare) müssen aus Zeitgründen ausgeklammert werden.

Bei dem Versuch einer stärkeren und bewußteren Bezugnahme der universitären Lehre auf die künftige Berufspraxis der Studierenden wird hier davon ausgegangen, daß diese Berufstätigkeit im Bereich des Museums vorrangig darin bestehen soll, an der Schaffung demokratischer Museen mitzuwirken, d.h. an Museen, die sich als Bildungsinstitution im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung verstehen. Das bedeutet, daß das ästhetische Museum, das lediglich auf gesellschaftliche Schichten zugeschnitten ist, die ohnehin im Besitz des Bildungsprivilegs sind, in ein Lernmuseum umgewandelt wird und damit bei den kognitiven Voraussetzungen und Bedürfnissen derer angeknüpft wird, denen Bildung bisher vorenthalten wird. Es werden demnach weniger formale als inhaltliche Aspekte bei der Vermittlung, Präsentation sowie beim Ankauf von Kunstwerken und visuellen Dokumenten zu berücksichtigen sein.

Eine Ausbildung, die im wesentlichen von einem Kunstbegriff im Sinne des l'art pour l'art-Prinzips ausgeht und somit den Akzent auf die Erwerbung von Stilkennerschaft legt (dieser entspricht ein Vorherrschen der Ankaufspolitik - gemäß den Bedingungen des Kunstmarktes - in der Museumstätigkeit, die auch prestigemäßig an erster Stelle rangiert) erweist sich bei dieser Aufgabenstellung als ungenügend.

Das kunstgeschichtliche Studium ist vielmehr entsprechend dieser neuen Bestimmung des Berufsfeldes auf sozialgeschichtliche Aspekte zu konzentrieren; nicht das "autonome" Kunstobjekt wäre vorrangig zu untersuchen als vielmehr die Aspekte der allgemeinen wie der speziell künstlerischen Produktion, Distribution und Rezeption in ihrem Wechselverhältnis und als Bestimmungsgrund des Kunstprodukts. Dabei sollte es nicht um selbstzweckhafte

Rekonstruktion von Vergangenheit gehen, sondern Kriterium für die Auswahl der Themen soll die didaktische Vermittlung des historischen Prozesses sein, der Vergangenheit und Gegenwart verbindet.

Das kunstwissenschaftliche Studium wäre gemäß einer derartigen Aufgabenstellung durch gesellschafts- und erziehungswissenschaftliche Anteile zu ergänzen.

Bei der Entwicklung von Studiengängen für Museumskandidaten ist zu berücksichtigen, daß weitgehend ein gemeinsames Studium mit Lehrerstudenten gewährleistet ist, das schon aufgrund des gemeinsamen Bezugfeldes Schule naheliegt.

Eine Eingangs- (Orientierungs-)phase mit gesellschafts- und erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt, wie sie bereits an den Universitäten Bremen, Oldenburg und Osnabrück eingeführt worden ist, sollte integriert für alle Studierenden der Kulturwissenschaften angeboten und fachwissenschaftlich ergänzt werden. Hierbei könnten u.a. untersucht werden: Rezeptionsweisen von Kunst bei Schülern; Vermittlungsinstitutionen von Kunst in der BRD; bildungsökonomische Voraussetzungen des schulischen Kunstunterrichts.

Die skizzierte inhaltliche Ausrichtung der Ausbildung fordert als wichtigste Realisationsform das Projektstudium, d.h. eine problemorientierte, interdisziplinäre und praxisbezogene Studienform.- Zumindest ein Projekt des Studienganges für Museumswissenschaftler sollte durch ein Museumspraktikum ergänzt werden. Vorbereitung, Durchführung und Auswertung dieses Praktikums wären in die Problemstellung des Projektes einzubeziehen. Das bedeutet, daß das herkömmliche Volontariat zugunsten einer einphasigen Ausbildung aufzugeben wäre.

Eine solche Ausbildung müßte Rückwirkungen auf die Museumstätigkeit haben. Eine Konsequenz wäre, daß Forschung und Bildungsaufgaben nicht länger getrennt voneinander wahrgenommen, vielmehr aneinander orientiert und gemessen werden. Z.B. wären neue Katalogtypen zu entwickeln und neue Ordnungsschemata für Sammlungen zu erwägen, die den Bildungsinteressen der Mehrheit der Bevölkerung angemessener sind als die bisherigen.